

Xu Yanking\*

## Miteinander oder Gegeneinander von Staat und Gesellschaft?

- Gruppeninteressen in der VR China -

Im vorliegenden Aufsatz soll eine Analyse der Interessenkonstellationen der Führungsschicht, der Arbeiter und Bauern, der Intellektuellen sowie der Privatunternehmer durchgeführt werden:

### 1 Die Führungsschicht

Das Interesse der Führungsschicht konzentriert sich erwartungsgemäß auf die Machterhaltung. Die kommunistische Ideologie, auf der die Legitimität der KPCh offiziell noch beruht, erscheint der Bevölkerung jedoch schon längst nicht mehr glaubwürdig. Immer mehr sieht die Führung ihre Legitimation deshalb in der wirtschaftlichen Entwicklung. Besonders seit dem "Beschluß über die Errichtung eines Sozialistischen Marktwirtschaftssystems" ist das Ende der kommunistischen Ideologie, die das chinesische System bisher zusammengehalten hat, abzusehen. Von dieser viele Jahre so erfolgreichen Ideologie ist lediglich die "Diktatur des Proletariats" erhalten geblieben, die das Einparteien-System rechtfertigt. Jedoch stellen in einer Zeit tiefgreifender politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen Negativerscheinungen wie Korruption und ideologische Orientierungslosigkeit unter den Parteikadern, Funktionsunfähigkeit ländlicher Basisorganisationen sowie regionale Verselbständigungstendenzen eine Bedrohung für die Machterhaltung der KPCh dar.<sup>1</sup> Gleichwohl ist die Führungsschicht (die Bezeichnung bezieht sich auf die Führungsgruppe der Zentralregierungsebene, die den Parteivorsitzenden Jiang Zemin und sechs weitere Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros, nämlich Li Peng, Qiao Shi, Zhu Rongji, Li Ruihuan, Liu Huaqing und Hu Jintao, umfaßt) fest zur Machterhaltung entschlossen. Konsens innerhalb der Führungsgruppe besteht zumindest darüber, daß die Führungsrolle der KP nicht ange-tastet werden darf. Konflikte innerhalb der Führungselite hat es bisher lediglich in der Frage nach dem Umfang und der Geschwindigkeit der Wirtschaftsreform bzw. der Öffnung nach außen gegeben. Eine politische Liberalisierung kommt aus ihrer Sicht aber keinesfalls in Betracht. Um die Macht zu erhalten, hat die Führungsschicht beschlossen, den Parteaufbau zu stärken. Da die Korruption der Funktionäre dem Ansehen der KP am meisten schadet, ist es zu zahlreichen Appellen zur Selbstkultivierung an die Parteimitglieder, aber auch zu Todesstrafen bei schweren Korruptionsfällen gekommen. Darüber hinaus sollen die rund 95.000 Parteschulen im Lande für die Disziplinierung der Parteimitglieder sorgen.<sup>2</sup>

Für die Führungsschicht ist die Unterstützung des Militärs zur Machterhaltung unabdingbar. Die "absolute Führung der Streitkräfte durch die Partei" soll auch in Zukunft der Zentralnerv des politischen Systems Chinas bleiben.<sup>3</sup> Doch hat die Reform nicht nur die zivile Gesellschaft, sondern auch das Militär Chinas stark verändert. Seit Anfang der 80er Jahre wurde das Budget des Militärs gekürzt, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Während die Bevölkerung nach individuellem Reichtum strebte, sahen sich die Soldaten mit einer Verschlechterung ihres Lebensstandards und ihres sozialen Status konfrontiert.<sup>4</sup> Um den Lebensstandard der Soldaten zu verbessern und ihren Konsumwünschen entgegenkommen zu können, begann die VBA in den 80er Jahren ihre kommerziellen Aktivitäten zu intensivieren und zu vergrößern.<sup>5</sup> Die Firmen des Militärs haben den Absatz ihrer Zivilprodukte auf den inländischen und ausländischen zivilen Markt erweitert und die Militärproduktion teilweise auf Zivilproduktion umgestellt. Sie sind an der Außenwirtschaft und an der Herstellung von Zivilgütern stark beteiligt. Dabei ist es verschiedentlich auch zu Fällen von Korruption gekommen, die dem Ansehen der Armee geschadet haben. Da die VBA jedoch von den Reformen erheblich profitiert, steht sie auf der Seite der Reformpolitiker.<sup>6</sup> Wenn sich die Konflikte zwischen den zentralen und regionalen Interessen zuspitzen würden, könnte die Armee bei Konflikten um die Nachfolge Deng Xiaopings eine wichtige Rolle spielen. Einstweilen gibt es kaum Anzeichen dafür, daß die Armee aufgrund eigener oder regionaler Interessen die Autorität der Zentralregierung in Frage stellen möchte. Zwar könnte das überkommene Befehlssystem durch ein Verhandlungssystem zwischen Militärführung und Pekinger Führungszentrale abgelöst werden; doch bliebe die Herrschaft der Partei über die Armee wohl auch nach einer solchen Änderung erhalten.

### 2 Die Arbeiter- und Bauernschicht

Die Arbeiterschicht galt zur Zeit Mao Zedongs als "leitende Klasse". Seit 1984 haben die städtischen Reformen innerhalb dieser Schicht zu Differenzierungen geführt: heutzutage wird nach Arbeitsverhältnissen in staatlichen, kollektiven und privaten Betrieben unterschieden, da die Interessen der Arbeiter je nach ihrer Zugehörigkeit zu einer oder anderen Kategorie unterschiedlich ausfallen: durch die Reformen sind die einzelnen Arbeiter immer enger mit ihren Arbeitseinheiten verbunden worden. Erzielen die Betriebe Gewinne, geht es ihren Mitarbeitern gut, doch haben andererseits unrentable staatliche und kollektive Unternehmen erhebliche Schwierigkeiten, ihre Mitarbeiter und Rentner finanziell abzufinden. Die Empörung über inflationsbedingte Einkommensverluste, über Verzögerungen der Lohnauszahlung sowie über häufige Korruption in den Betriebsleitungen, nicht zuletzt aber die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust schlagen sich in solchen unrentablen Betrieben immer stärker auf die Einstellung der Mitarbeiter nieder. Was andererseits die Arbeiter in Privatunternehmen anbelangt, besonders in den Unternehmen der drei Arten (*san zi qijye*), so gibt es hier häufige Klagen über miserable Arbeitsbedingungen und mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen. Als Folge davon kommt es zu Streiks, Protesten und Petitionen.<sup>7</sup> Im früheren zentralen Verwaltungswirtschaftssystem war der Staat der einzige Arbeitgeber. Er sorgte für die Sozialversicherung und für die Unterkunft der Arbeiter. Offizieller Darstellung zufolge

ge gab es damals keine Spannungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, da die Arbeiter ja die "herrschende Klasse" des Staates bildeten.

Dem durch die Reformen neuentstandenen Verhältnis zwischen Unternehmensführung und Arbeiterschaft wurde längere Zeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Partei und Gewerkschaft bildeten mit den Arbeitgebern eine Front, wenn es darum ging, die Forderungen der Arbeiter möglichst abzublocken. Auch in den Privatunternehmen waren die Arbeitnehmer den Arbeitgebern weitgehend schutzlos ausgeliefert. Diese Situation änderte sich erst durch Verabschiedung des ersten Arbeitsgesetzes vom 5.7.1994, das am 1.1.1995 in Kraft getreten ist.<sup>8</sup> Obwohl mit diesem Gesetz die einstigen Privilegien der Arbeiterschaft, wie z.B. der lebenslang gesicherte Arbeitsplatz, die staatliche soziale Wohlfahrt und der Egalitarismus abgeschafft wurden, hat sich der Lebensstandard der meisten Arbeiter dennoch verbessert. Freilich ist die Frustration der Arbeiter in den unrentablen staatlichen Betrieben auch jetzt noch beträchtlich, vor allem weil sich die Vorstellung von den Arbeitern als "führende Klasse" mittlerweile verflüchtigt hat. Nach wie vor auch fehlt ihnen das Recht zur Gründung autonomer Arbeiterorganisationen. Sollten sich die unzufriedenen Arbeiter gleichwohl zu selbständigen Arbeiterorganisationen zusammenschließen und Forderungen gegen die Regierung erheben, so könnte dies die soziale Stabilität gefährden.

Zur Zeit allerdings überwiegt nach wie vor das materielle Interesse der meisten Arbeiter; ihre Streikparole lautete bezeichnenderweise: "Wir brauchen keine Demokratie und Freiheit, aber genügend zu essen".<sup>9</sup>

Was die Bauern anbelangt, so bilden sie die mit Abstand größte soziale Gruppe Chinas. In den Anfangsjahren der Landwirtschaftsreform (1978-84) war das Realeinkommen der Bauern um durchschnittlich 15,1% pro Jahr gestiegen - und hatte damit höhere Wachstumsraten erreicht als das der Stadtbewohner. Trotz gewisser Stagnationserscheinungen in den Jahren 1985-89 nahmen die Einkommen real noch um 5% jährlich zu. Von 1989 bis 1991 allerdings stieg das Pro-Kopf-Realeinkommen der Bauern nur noch um 2,2%.<sup>10</sup> Da sich die Einkommen der Stadtbewohner nun wesentlich schneller erhöhten, vergrößerten sich in den letzten Jahren die Einkommensunterschiede zwischen Dorf und Stadt erheblich. Der Abstand zwischen ländlichem und städtischem Einkommen belief sich 1991 auf 1:2,21, weitete sich bis 1993 aber auf 1:2,53 aus.<sup>11</sup> Die Bauern waren in den frühen 90er Jahren besonders durch Steuern und lokale Abgaben belastet. Darüber hinaus wurden sie beim staatlichen Ankauf auch noch mit bloßen Anrechtsscheinen (*bai tiao zi*) statt mit Bargeld abgespeist. Seit 1991 kam es deshalb zu häufigen Bauernprotesten, die im Juni 1993 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten.<sup>12</sup> Auch die 50 Mio. Wanderarbeiter riefen soziale Probleme hervor. Sie strömten in die Städte und wurden dort durch die Stadtbewohner diskriminiert. Aufgrund ihrer unsicheren Situation neigen sie noch stärker zu Revolten als die auf den Dörfern verbliebenen Bauern.

Die bäuerliche Unzufriedenheit bereitet der KPCh-Führung zunehmend Sorge; waren Bauern doch die Triebfeder nahezu aller Revolutionen Chinas gewesen. 206 v.Chr. stürzten Bauern die Qin-Dynastie, 1644 brachten sie die Ming-Dynastie zu Fall und sogar in den 40er Jahren des

20. Jh. verhalfen sie der KP zu ihrem Sieg über die Nationalistische Partei. Auf der anderen Seite verfügen die Bauern aber auch über das Potential, sogar die KP zu stürzen, wenn sie sich aus Überlebensgründen zum Aufstand gezwungen sähen. Mittlerweile hat die KP-Führung, die den Problemen der Bauern lange Zeit wenig Beachtung geschenkt hatte, beschlossen, mehr für die Landwirtschaft zu tun und den Lebensstandard der Bauern zu verbessern. 1980 wurde ein Entwicklungsfond zur Unterstützung armer Regionen gegründet. Von 1980 bis 1994 wurden für diesen Zweck 16 Mrd. Yuan ausgegeben. Das meiste Geld wurde für den ländlichen Aufbau verwendet. 1.410 Kreise und 9.876 ländliche Betriebe wurden dadurch unterstützt. 1994 stieg das Agrarprodukt in diesen subventionierten Regionen um 403,9 Mrd. Yuan (1980: 53,1), die Industrieproduktion auf 829,8 Mrd. Yuan (1980: 51,1), die Produktion in ländlichen Betrieben auf 459,2 Mrd. Yuan (1980: 1,3) und die Gesamtsumme der Finanzeinnahme auf 44,7 Mrd. Yuan (1980: 6,1). Die Zahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze (350 Yuan Jahreseinkommen 1993) leben, ist von 125 Millionen i.J. 1985 auf 80 Millionen i.J. 1994 gesunken.<sup>13</sup>

Obwohl das regionale Entwicklungsgefälle sich vergrößert hat,<sup>14</sup> zeigt das Einkommensniveau für die Jahre zwischen 1978 und 1992 eine Verringerung des Einkommensgefälles zwischen den reichsten und den ärmsten Provinzen. Während das Pro-Kopf-Einkommen in Shanghai 1978 noch 14,3mal so hoch war wie in der Provinz Guizhou, verringerte sich diese Kluft bis 1992 auf 7,3. Das Einkommensgefälle besteht also nach wie vor, hat sich aber gegenüber der Zeit vor Einführung der Reformpolitik vermindert.

Die Bauern nehmen einen wichtigen Platz in der chinesischen Gesellschaft ein: einerseits gelten sie als Triebfeder von Revolutionen und als Gefahr. Andererseits sind sie Kulturträger, die tief von der überlieferten Tradition beeinflusst - und bereit sind, die überkommene hierarchische Ordnung zu akzeptieren. Solange die KP die Probleme auf dem Land nicht übermächtig werden läßt und ihre dörflichen Basisorganisationen unter Kontrolle halten kann, besteht keine Gefahr, daß die Bauernschaft die traditionellen Schranken überschreitet. Aus diesem Grunde gelten die Bauern für die KP als weitgehend unpolitisch.

Den Bauern fehlen, genauso wie den Arbeitern jene autonomen Organisationen und vor allem Visionen, die sie dazu motivieren könnten, sich "von eigenen Interessen zu befreien und sich allein in den Dienst der 'Vernunft' zu stellen".<sup>15</sup> Revoltierten sie aus bloßer Unzufriedenheit, so würde dies eher auf Zerstörung als auf konstruktive Entwicklungen hinauslaufen. So gesehen bilden sie keine treibende Kraft für eine gesellschaftliche Modernisierung oder gar für einen politischen Wandel.

Im Falle einer Revolte würde sich die Regierung zweier Maßnahmen - Kompromiß und Unterdrückung - bedienen. Entweder würde sie den materiellen Forderungen der Revoltierenden nachkommen oder aber die Revolte wo immer möglich niederschlagen.

### 3 Die Intellektuellen

Die Intellektuellen sind eine Schicht, von der nicht nur wichtige Impulse auf die Politik ausgehen, sondern aus der sich darüber hinaus auch die künftige politische Elite re-

krutiert. Nach offizieller Definition setzen sie sich aus solchen Personen zusammen, die eine Fachschule (*zhong zhuan*) oder eine höhere Schule absolviert haben und eine geistige Tätigkeit ausüben.<sup>16</sup> Diese Definition stellt lediglich auf den akademischen Charakter der "Intellektuellen" ab, besagt aber nichts über ihre soziale Funktion. Keinesfalls haben die so definierten Intellektuellen etwas mit der kritischen Intelligenz westlicher Prägung zu tun.

Die chinesischen Intellektuellen sind die eigentlichen Reformbefürworter. Durch die bisherigen Reformen haben sie ihren sozialen Status von Grund auf verbessern und sich von der einstigen "stinkenden Nr.9" (*chou lao jiu*, hinter den acht anderen Kategorien von Klassenfeinden) zu anerkannten "Kopfarbeitern" läutern können. Andererseits sind sie über den durch die Reform herbeigeführten Verfall der Moral, über die Korruption und die Vorherrschaft des Mammon in der Gesellschaft empört. Dieses Dilemma läßt sie uneinig werden. Drei Meinungsgruppen können heute unterschieden werden: die erste Gruppe sucht eine Lösung mehr in der traditionellen Kultur; die zweite befürwortet eine teilweise Übernahme des traditionellen Wertesystems und die Einführung der Verantwortung des Individuums, während die dritte Gruppe die traditionelle Kultur ablehnt und statt dessen für die Übernahme des westlichen Werte- und Politik-Systems eintritt.

Die erste Gruppe schreibt die politische Korruption und den moralischen Verfall dem Niedergang konfuzianischer Werte zu.<sup>17</sup> Sie ist der Meinung, daß Mao Zedongs Versuch, Pietät, enge Bindungen zwischen Verwandten und Treue unter Freunden zu eliminieren, das Potential der konfuzianischen Ethik zur Entwicklung bestimmter Tugenden schwer geschädigt hat.<sup>18</sup> Obwohl Mao die konfuzianische Ethik für rückständig hielt und sie zu eliminieren versuchte, haben auf der anderen Seite sowohl die totalitäre Regierungsform als auch die Planwirtschaft dazu beigetragen, eben diese traditionellen Werte zu erhalten, wenn auch in verzerrter Form. Daraus entwickelte sich eine Karrikatur der konfuzianischen Ethik, sei es nun in Form der Vetternwirtschaft oder der Kumpanei und des Nepotismus. Durch öffentliche Diskussionen beabsichtigen diese Intellektuellen, die konfuzianischen Tugenden neu zu bewerten und der Bevölkerung eine moralische Neuorientierung zu geben. Die Doktrin von Loyalität und Pietät, die zur Erhaltung der Stabilität der chinesischen Regierung und der Familien auf dem Lande wesentlich beigetragen hat, erhielt besonders viel Beifall. Diese Intellektuellen halten mehr oder weniger an der alten Denkweise fest, derzufolge chinesische Traditionen nach wie vor die "Substanz" bilden, während westliche Kenntnisse wie Wissenschaft und Technologie, lediglich auf die Anwendung beschränkt bleiben sollten. Ihrer Ansicht nach ist eine gründliche Prüfung der konfuzianischen Tradition notwendig, um eine kritische Übernahme traditioneller Werte zu ermöglichen. Sie setzen ihre Hoffnungen darauf, daß, wenn das Volk sein Vertrauen auf den Konfuzianismus aus eigener freier Entscheidung wieder zurückgewinnt, die konfuzianischen Tugenden durchaus Wirksamkeit entfalten und den Weg zur Modernisierung Chinas ebnen können.<sup>19</sup> Dabei setzen sie ihre Hoffnungen auch auf den Staat und die Partei. Staat und Partei, die Schirmherren des Aufbaus der "sozialistischen geistigen Zivilisation", sollten die Rolle eines moralischen Präzeptors der Nation übernehmen. Der Staat und die Partei haben eine moralische Mission. Luo Guojie, der Vorsitzende der "Chinesischen Ver-

einigung für das Studium der Ethik" (*Zhongguo lunli xuehui huizhang*), fordert in diesem Sinne eine Verschmelzung der Sphären von Moral und Politik, die durch das Führungsmonopol der KPCh sichergestellt werden sollte.<sup>20</sup>

Die zweite Gruppe der Intellektuellen sieht die Bedeutung der gegenwärtigen Konfuziusforschung in der Erhöhung der nationalen Selbstachtung und des nationalen Selbstvertrauens.<sup>21</sup> Ihrer Meinung nach sind die konfuzianischen Tugenden wie Menschlichkeit, Gemeinschaftsbezogenheit, das Ideal der Selbstkultivierung und Harmoniebetonung zwar an sich wertvoll, müßten aber durch die Vernunft des autonomen Individuums ergänzt werden.<sup>22</sup> Chancen für eine Bekämpfung der Korruption und für eine Beendigung des weiteren Moralverfalls sehen sie in der Erziehung des Individuums, das sich durch permanentes Studium von seiner Unmündigkeit befreit und sich seines Verstandes ohne Anleitung durch andere bedienen kann. Einige Intellektuelle heben die Selbstverantwortung und die Selbstkultivierung in der konfuzianischen Tradition hervor.<sup>23</sup> Ihre Berufung auf die Selbstverantwortung beruht auf der Überzeugung, daß "die Überwindung der Tradition immer am besten im Namen traditionell akzeptierter Wertvorstellungen gelingt, auch wenn die Neuerung am Ende tradierte Wertvorstellungen auflöst".<sup>24</sup> Einige Intellektuelle weisen darauf hin, daß das Individuum in der chinesischen Kultur keinen Eigenwert besitzen habe. Xiao Xuehui, ein Mitarbeiter der politischen Abteilung des Südwest-Nationalitäten-Instituts, schreibt dazu:

"Unter der autokratischen Herrschaft der vergangenen 2000 Jahre war es nicht nur so, daß der einzelne ... keinen eigenen Stellenwert besaß: vielmehr waren die einzelnen und die Interessen der Individuen geradezu Opfer, die auf dem Altar des 'Ganzen und der Gesellschaft' dargebracht wurden. Die feudale Moral, die das Gesellschaftsgefüge ideologisch absichern half, betrachtete die Interessen der Individuen als etwas Schmutziges und sah die konsequente Zügelung, ja den Verzicht auf individuelle Interessen als tugendhaft an: die Menschen sollten lediglich Pflichten erfüllen, Rechte waren ohne Belang. Die Tatsache, daß derlei moralische Vorstellungen so lange das Denken beherrscht haben, hat dazu geführt, daß zahlreiche Menschen in unserer Nation nicht nur kein Bewußtsein für die Wahrung berechtigter Individualinteressen und für den Schutz der Rechte des Individuums haben, sondern daß sie hinsichtlich dieser Dinge ein Schuldbewußtsein hegen. Diese Sache, die man im wahrsten Sinne des Wortes als einen Bestandteil des kollektiven Unterbewußtseins unserer Nation bezeichnen kann, ist wie eine Erbkrankheit auf unsere Zeit gekommen und existiert nicht nur im Moralbewußtsein zahlreicher Menschen, sondern hinterläßt auch in der zeitgenössischen ethischen Theorie tiefe Spuren, so daß diese über Probleme wie die Entwicklung der Individuation des Individuums, das Interesse des Individuums oder die Rechte der Individuen, nichts zu sagen wagt."<sup>25</sup>

Für diese Intellektuellen ist die Autonomie des Individuums, die Entfaltung seiner Möglichkeiten und seiner Kräfte - und zwar keineswegs gegen Staat und Gesellschaft, sondern in ihnen - von entscheidender Bedeutung. Sie sehen die Aufklärung in Richtung Bürgerbewußtsein als dringend nötig an.

Die erwähnten zwei Gruppen sind sich darin einig, daß die Erziehung die Grundlage für die Erhöhung der nationalen Leistungsfähigkeit ist. Sie fordern die Regierung auf,

mehr Geld in Bildungsfonds zu investieren. Gleichzeitig werfen sie der Regierung vor, daß der Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung am nationalen Bruttosozialprodukt in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen sei und nur noch 0,5% betrage. Sie fordern, diesen Anteil bis zum Jahr 2000 wieder auf 1,5% anzuheben.<sup>26</sup>

Mittlerweile hat die Forderung der Intellektuellen bereits Wirkung gezeigt. Die Regierung beabsichtigt, bis zum Jahr 2000 den Bildungsfond auf 4% und den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen auf 1,5% des nationalen BSP zu erhöhen.<sup>27</sup> Durch das 1986 erlassene Pflichtschulgesetz (*yiwu jiaoyuefa*) und das 1995 erlassene "Bildungsgesetz" (*jiaoyuefa*) ist eine neunjährige Ausbildung gesetzlich festgeschrieben worden. Bis Ende dieses Jahrhunderts sollen 85% der Bevölkerung eine neunjährige Ausbildung erhalten und 95% der Erwachsenen sollen lesen und schreiben können.<sup>28</sup>

Die dritte Gruppe der Intellektuellen schreibt die politische Korruption und den Verfall der Moral dem Einparteien-System zu. Sie fordert die fünfte Modernisierung, nämlich die Demokratisierung. Der bedeutendste Demokrat, Wei Jingsheng, sieht in der politischen Demokratisierung die entscheidende Voraussetzung für die Lösung aller sozialen und wirtschaftlichen Probleme.<sup>29</sup> Der andere Demokratiefürworter, Fang Lizhi, sah zwar, daß man Demokratie nicht von oben nach unten gewähren könne. doch mußte er gleichzeitig eingestehen, daß das demokratische Bewußtsein im traditionellen Leben Chinas nie vorhanden war. Angelpunkt aller Reformen müsse daher in Zukunft die demokratische Bewußtseinsbildung bleiben.

Diese Gruppe der Intellektuellen fordert die Meinungsfreiheit, das Mehrparteiensystem und die Einhaltung der Menschenrechte. Für die Regierung sind diese Intellektuellen politische Dissidenten, die das bestehende politische System stürzen wollen, und erfahren deshalb politische Verfolgung. Obwohl diese Intellektuellen sich durchwegs zu den demokratischen Zielsetzungen bekennen, unterscheiden sie sich doch in der Art und Weise, *wie* die Demokratie erreicht werden kann.<sup>30</sup> Nach der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung von 1989 sind viele Regimekritiker ins Ausland geflüchtet. Gleichzeitig haben sie ihre Hoffnung, daß wirtschaftliche Stagnation zum Untergang der KP führen könnte, aufgeben müssen. Die in alle Welt verstreuten Dissidenten sind in Fraktionen und Lager gespalten, und ehemalige Studentenfürher befehlen sich gegenseitig beim Streit um Geld und Posten. Obwohl mittlerweile 6 Jahre vergangen sind, ist es nicht gelungen, die Föderationen, Allianzen und Zwei-Fronten-Konstellationen (hie liberaldemokratisch, dort demokratisch) unter einer schlagkräftigen Dachorganisation zusammenzufassen. Statt dessen haben persönliche Intrigen und erbitterte Grabenkämpfe die Demokratiebewegung gespalten und ihre Rolle als moralische Instanz untergraben.<sup>31</sup> Gleichzeitig haben der Zerfall der Sowjetunion und die Situation in Rußland den chinesischen Demokratiefürwortern einen weiteren Schock versetzt. Liu Binyan, ein bedeutender Schriftsteller und Regimekritiker, schreibt dazu:

"Bei Jelzin gibt es schon Demokratie, Mehrparteiensystem, Privateigentum, Marktwirtschaft und 'Konstitutionelle Demokratie' - also all die von den chinesischen Demokraten erstrebten Formen. Auf den ersten Blick

scheint es, als hätten die Russen das revolutionäre Ziel, das auch wir ins Auge gefaßt haben, bereits erreicht und als hätten sich die politische Macht und das System bereits grundlegend verändert. Wie aber sieht das Ergebnis wirklich aus? Rußland hat sich aus einem Himmel der kommunistischen Bürokraten und privilegierten Schicht in einen Himmel der 'Lumpenbourgeoisie und der Mafiosi' verwandelt."<sup>32</sup>

Immer mehr demokratische Aktivisten sind zur Erkenntnis gekommen, daß eine radikale politische Transformation, d.h. der Zusammenbruch der KP unter den realen Bedingungen Chinas, dem Prozeß einer Demokratisierung in China keineswegs förderlich wäre. Das Ziel der demokratischen Bewegung kann es also nicht sein, die KPCh zu stürzen, sondern sich einer möglichen sozialen Katastrophe entgegenzustemmen.<sup>33</sup> Ihre Hoffnung, daß die Demokratie von unten zu erkämpfen sei, hat sich mittlerweile auf eine Demokratisierung von oben verschoben: sie sollte durch die für politische Reformen eintretenden Parteifunktionäre bewerkstelligt werden.<sup>34</sup>

Die im Ausland studierenden Chinesen bilden ein beachtliches Potential für die künftige politische Eliteschicht Chinas, da die jetzige politische Führung sich wünscht, eine neue Generation von Führungskadern heranzubilden, die sowohl moralisch als auch fachlich qualifiziert ist, um den gewachsenen Anforderungen an die politische Führung gerecht zu werden. Obwohl die im Ausland Studierenden mit einigen Vorstellungen der Demokraten nicht übereinstimmen und die meisten außerhalb der demokratischen Organisationen stehen, vertreten sie doch die Auffassung, daß die Demokratie das politische System am ehesten optimieren kann. Doch fehlt einstweilen sowohl eine ideale als auch eine soziale Basis für die Realisierung der Demokratie in China.<sup>35</sup> Sie stehen der Meinung Li Kuan Yews, des ehemaligen Singapurer Ministerpräsidenten, nahe, daß politische Stabilität, Bildung und hohe wirtschaftliche Entwicklung die erforderlichen sozio-ökonomischen Voraussetzungen für eine Demokratisierung autoritärer Gesellschaften sind.<sup>36</sup> Sie treten zwar für die Menschenrechte ein, hegen aber Mißtrauen gegen die amerikanische Menschenrechtspolitik. Viele ansonsten kritische Chinesen sind der Meinung, daß die westlichen Länder, besonders die Vereinigten Staaten, die Menschenrechtsfrage unter einem moralischen Mäntelchen als machtpolitisches Druckmittel eingesetzt haben, um den Aufstieg Chinas in der Weltpolitik zu verhindern. Sie betrachten die wirtschaftliche Entwicklung als die Hauptaufgabe Chinas. Sie stimmen zwar nicht mit dem Einparteien-System überein, lehnen aber eine politische Transformation auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Sie tendieren mit anderen Worten eher zur Kooperation statt zur Konfrontation mit der Regierung.

#### 4 Die Privatunternehmer

Die Entstehung des privaten Unternehmertums unter dem kommunistischen Regime begann Anfang der 80er Jahre. Inzwischen sind die selbständigen Gewerbetreibenden und privaten Industrie- und Handelsunternehmer zu einer wichtigen sozialen Gruppe geworden. Sie bilden die entstehende Mittelschicht Chinas. Die Reform hat ihnen Freiräume gewährt, Gewinne zu machen. Sie sind zwar mißtrauisch gegenüber der Politik der Regierung, stimmen jedoch vor

allem seit 1992 immer mehr mit der Regierung überein, nachdem diese von der kommunistischen Ideologie abzuweichen beginnt und sich für weitere wirtschaftliche Reformen entschieden hat. Die privaten Unternehmer haben Abscheu vor Unruhe, die ihre Gewinne vermindern könnten. Ihr Streben nach Reichtum und Gewinn bestimmt ihre Logik und Einstellung. Die Diskussion im Westen, den Prozeß der Demokratie und der Verbesserung der Menschenrechte durch wirtschaftlichen Druck und durch Blockaden zu verbessern, stimmt die meisten Unternehmer mißtrauisch. Bislang zeigen sie wenig Interesse an der Veränderung des bestehenden politischen Systems. Ihrer Ansicht nach liegt die Legitimität der Regierung in der wirtschaftlichen Entwicklung, und sie verstehen sich als die notwendige Triebfeder, den ökonomischen Aufstieg voranzutreiben und damit diese Legitimität sicherzustellen. Der Interessenskonsens zwischen ihnen und der Regierung besteht in dem Übereinkommen, daß die Regierung ihnen das Recht beläßt, Geld zu verdienen, wofür sie umgekehrt bereit sind, sich für die Legitimität der Regierenden einzusetzen.

## 5 Perspektiven

Die Reformen haben der totalitären Politik ein Ende gesetzt und China wieder zurück in eine eher autoritäre Gesellschaft geführt. Die Partei beharrt zwar auf ihrem allei-

Charakter und sind Teil eines autoritären staatszentrierten Korporatismus.<sup>38</sup> Demzufolge können diese Verbände nur bedingt als "politische Interessengruppen" im Dienste der von ihnen vertretenen Klientel fungieren.

Die chinesische Gesellschaft ist durch die Reformen jedoch auf jeden Fall vielfältiger geworden. Zwar identifizieren sich die verschiedenen sozialen Gruppen aus unterschiedlichsten Gründen nicht immer mit der Politik der Regierung. Doch liegen "wirtschaftliche Entwicklung, Prosperität und Stärkung Chinas" fast allen politisch interessierten Chinesen am Herzen. Genau das hat die Regierung auf ihre Fahnen geschrieben. Der Zerfall der Sowjetunion und der Bosnienkrieg haben den stabilitäts- und einheitsbedachten Chinesen Angst eingejagt. Immer mehr Menschen bekennen sich zur Auffassung, daß der politischen Stabilität eine besondere Bedeutung zukomme. Im Oktober 1994 führte die Chinesische Akademie für Gesellschaftswissenschaften eine Meinungsumfrage durch, die zweite dieser Art seit 1988. Die Befragung von 2.500 Personen in 10 Städten zeigte, daß gut 54% mit der Parteilinie einverstanden sind, die besagt, daß wirtschaftliche Entwicklung und nicht so sehr eine Stärkung der Demokratie die wichtigste Aufgabe Chinas sei. Dies spiegelt die Annahme der KP-Propaganda seit 1989 wider. Die Befragung zeigt, daß die Menschen seither mehr Möglichkeiten haben, ihre Meinung zu äußern. Die beiliegende Graphik zeigt das Profil des Protestes.

Wie werden die Chinesen ihre Beschwerde äußern	Meinungsumfrage im Jahr	
	1988	1994
bei den einschlägigen Behörden	44,2%	37,2%
bei den Medienorganisationen	9,3%	24,4%
bei den Volkskongreßvertretern	14,0%	22,1%
öffentliche Demonstrationen	3,2%	1,2%

Quelle: Chinese Academy of Social Sciences; Beijing Market Research Consultancy<sup>60</sup>

nigen Führungsanspruch, ermöglicht aber außerhalb des politischen Bereichs eine relativ freie Entfaltung des Lebens in China. Seit der Reform sind vielfältige neue Formen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vereinigungen in China entstanden: Industrie- und Unternehmerverbände, Wissenschaftler- und Ingenieursvereinigungen sowie zahlreiche andere spezialisierte Organisationen. Nach Angaben des Ministeriums für Zivilverwaltung, dem die Aufsicht über diese Vereinigungen obliegt, sind gegenwärtig auf nationaler Ebene 1.810 Verbandsorganisationen registriert. Darunter sind 688 akademisch, 416 wirtschaftlich orientiert und 525 widmen sich spezialisierten Aufgaben. Auf Provinz- und Kreisebene gibt es insgesamt mehr als 200.000 solcher Vereinigungen, darunter 7.600 im akademischen und 46.000 im wirtschaftlichen Bereich.<sup>37</sup> Diese Zahlen lassen erkennen, daß eine neue institutionelle Ebene zwischen Partei/Staat einerseits und Wirtschaft/Gesellschaft andererseits im politischen System der VR China entstanden ist. Da diese sozialen Organisationen einer staatlichen "Vormundschaftsinstitution" (*gua kao danwei*) unterstehen, und da das Führungspersonal der politisch wichtigsten Verbände von der KPCh gestellt wird, besitzen diese Verbände oft einen semistaatlichen

47% der Befragten sind der Meinung, daß ihr Lebensstandard sich in den folgenden Jahren verbessern wird, während nur 6% mit einer Verschlechterung rechnen. Diese optimistische Erwartung weist darauf hin, daß auf der einen Seite die Menschen das bestehende System einer Umwandlung in ein ungewisses politisches System vorziehen, daß die Regierung auf der anderen Seite aber damit beginnen solle, den Hoffnungen der Bevölkerung gerecht zu werden. Die Befragung war freilich nicht ganz vollständig, weil sie die ländliche Bevölkerung nicht mit einbezogen hat.<sup>39</sup>

Aufgrund der in der Befragung zutage getretenen Einstellung der Chinesen und der bestehenden politischen Struktur weist die Entwicklung Chinas in Richtung auf eine autoritäre politische und auf eine korporative gesellschaftliche Ordnung.

Autoritäre politische Ordnung heißt in diesem Zusammenhang, daß die KP weiterhin auf der Einparteien-Herrschaft beharrt. Sie wird vielleicht einige Nicht-KP-Mitglieder mit in den Entscheidungsprozeß auf Provinz- und Kreisebene einbeziehen und die Meinungen der anderen nicht-kom-

munistischen Parteien anhören, bevor sie Entscheidungen trifft. Doch wird sie eine aktive Opposition auf breiter Grundlage in keinem Fall dulden. Sie läßt die Menschen in Ruhe, solange diese nicht die herrschende Macht in Frage stellen. Diese autoritäre politische Ordnung bedarf jedoch einer anerkannten Autorität an der Spitze der Partei und einer leistungsfähigen kollektiven Führungsschicht.

Korporative gesellschaftliche Ordnung bedeutet, daß beträchtliche Interdependenz zwischen dem Staat und den teilweise als "Interessengruppen" fungierenden Vereinigungen besteht, da der Staat diese Vereinigungen eng an sich heranzuziehen, ja zu umarmen sucht. Nach der Ansicht von Clark Neher<sup>40</sup> ermöglicht es diese korporative Praxis dem Staat, ein Machtmonopol über weite Bereiche auch solcher gesellschaftlicher Sphären auszuüben, die in westlichen demokratischen Gesellschaften autonom zu sein pflegen. Voraussetzung dafür ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitern, Bauern, Intellektuellen und Unternehmern einerseits und der bestehenden staatlichen Ordnung andererseits. Beide sind darauf angewiesen, sich gegenseitig zu akzeptieren und sich so weit wie möglich auch wechselseitig zu unterstützen.

\* Frau Xu Yanling ist in der VR China geboren und aufgewachsen. Sie studiert seit 1988 an der Universität Kassel, wo sie eine Magisterprüfung im Fachbereich Soziologie abgelegt hat. Sie war als Praktikantin am Institut für Asienkunde tätig.

## Anmerkungen

- 1) Vgl. dazu den "Beschluß zu einigen wichtigen Fragen der Stärkung des Parteaufbaus" in RMRB (Überseeausgabe (ÜA)), 7.10.1994, S. 1 u. 3; ferner Heilmann, Sebastian, "Beijing unter Druck. Die Nachfolgefrage und die Erosion der Parteiherrschaft", in: C.a., 1994/1, S. 39-42.
- 2) Heilmann, Sebastian, "Zur Machterhaltung entschlossen: der Beschluß des ZK zur 'Stärkung des Parteaufbaus'", in: C.a., 1994/9, S. 939.
- 3) RMRB (ÜA), 29.11.95, S. 1.
- 4) Bickford, Thomas J., "The Chinese Military and its Business Operation", in: *Asian Survey*, Mai 1994, S. 462, 470.
- 5) Über die Militärfirmen, s. Weggel, Oskar, "Macht und Ohnmacht des Militärs im Zeitalter der Reformen. Teil 2: Januskopf VBA", in: C.a., 1995/7, S. 590-620.
- 6) Ebd., Juni 1995, S. 490.
- 7) Heilmann, Sebastian, "Das Potential für soziale und politische Unruhen in der VR China", in: C.a., 1994/5, S. 477.
- 8) RMRB (ÜA), 7.7.94, S. 2.
- 9) Wei Hong, "Unruhe und die Gegenpolitik", in: *Dalu* (Die große Straße Nr.9), 15.10.95, S. 9, Princeton, USA.
- 10) Schüller, Margot, "Ansturm auf die Städte: Regionalgefälle und Binnenmigration in China", in: C.a., 1995/6, S. 495.
- 11) Schüller, a.a.O., S. 495.
- 12) Heilmann, a.a.O., S. 479.
- 13) RMRB (ÜA), 10.11.94 (Dai Feng: Den Armen helfen: eine Politik Chinas seit 15 Jahren).
- 14) Schüller, a.a.O., S. 495 f.
- 15) Weiß, Johannes, *Vernunft und Vernichtung. Zur Philosophie und Soziologie der Moderne*, Opladen, 1993, S. 127-128.
- 16) *Minzhu Zhongguo*, Nr. 20, März 1994, S. 55.
- 17) Vgl. dazu Wang Xinyang, "Zu den Auswirkungen des politischen und wirtschaftlichen Systems in China auf die konfuzianische Ethik", in: Krieger, Silke und Trauzettel, Rolf (Hrsg.), *Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas*, Mainz 1990, S. 286-295.
- 18) Ebd., S. 290.
- 19) Zhuang Chu, "Über die besten Traditionen chinesischer Kultur", in: RMRB (ÜA), 13.4.95, S. 3.

- 20) *Zhexue nianjian* (Jahrbuch der Philosophie), Beijing, 1982, S. 100 f.
- 21) Dazu beispielsweise Zhang Dainian, "Über die chinesische Kultur", in: RMRB (ÜA), 3.4.95, S. 3.
- 22) Sha hu, "Heranbildung von vervollkommenen Bürgern", in: RMRB (ÜA), 28.5.95, S. 3.
- 23) So z.B. Zhang Liwen, "Die Erhöhung der nationalen Leistungsfähigkeit und die Modernisierung", in: RMRB (ÜA), 3.3.95, S. 3.
- 24) Lepsius, Rainer M., "Interessen und Ideen" in: Neidhardt, Friedhelm; Lepsius, Rainer M.; Weiß, Johannes (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft*, Opladen 1986, S. 26.
- 25) Xiao Xuehui, zitiert nach Qirin, Michael, "Vom Horror vacui. Konfuzianische Tendenzen in der gegenwärtigen chinesischen Moraldiskussion", in: Krieger, Silke, a.a.O., S. 161 f.
- 26) Bericht aus dem 3. Plenum des VIII. Kongresses der Konsultativkonferenz in RMRB (ÜA), 9.3.95.
- 27) Li Pengs Bericht bei der Nationalen Arbeitstagung über Bildungsfragen vom 14.6.94 in RMRB (ÜA), 21.6.94, S. 1 u. 3.
- 28) RMRB (ÜA), 18.6.94, S. 1.
- 29) Wei Jingsheng, "Demokratie oder neue Diktatur", in: *Tansuo*, 25.3.79.
- 30) Dazu Goldstein, Avery, "Trends in the Study of Political Elites and Institutions in the PRC", in: CQ, Nr. 137-140, 1994, S. 719.
- 31) "China: zerstrittene Demokratiebewegung", in: *Der Spiegel*, Nr. 40, 30.10.95, S. 172 f.
- 32) Liu Binyan, in: *Dalu*, Nr. 9, 15.10.95, Princeton, USA, S. 2.
- 33) So Pan Ruoke, in: *Minzhu Zhongguo*, Nr. 16, Juli 1993, S. 21.
- 34) Liu Binyan, in: *Dalu*, Nr. 10, 15.11.95, Princeton, USA, S. 2.
- 35) Vgl. hierzu *Laiyin Tongxin*, Nr. 1, Jan. 1990, S. 24-26 und Nr. 4, Aug. 1990, S. 20 f.
- 36) Ray, Denny, "Singapore, China and the 'Soft Authoritarian' Challenge", in: *Asian Survey*, 34 (1994), S. 32.
- 37) C.a., 1995/9, S. 786 f.
- 38) Ebd.
- 39) Zur Befragung: Gilley, Bruce, "Whatever you say. Survey shows surprising Support for the Government", in: FEER, 1995, Nr. 49, S. 33 f.
- 40) Neher, Clark, "Asian Style Democracy", in: AS, 34.1994, S. 957.